

### Polen: ein Jahr EU-Mitgliedschaft als Erfolgsstory

Wilkiewicz, Zbigniew

Postprint / Postprint

Zeitschriftenartikel / journal article

**Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:**

Wilkiewicz, Z. (2005). Polen: ein Jahr EU-Mitgliedschaft als Erfolgsstory. *Aktuelle Ostinformationen*, 37(3/4), 3-15.  
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-323445>

**Nutzungsbedingungen:**

Dieser Text wird unter einer CC BY Lizenz (Namensnennung) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>

**Terms of use:**

This document is made available under a CC BY Licence (Attribution). For more information see:  
<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0>

## Beiträge

Zbigniew Wilkiewicz

**Polen – Ein Jahr EU-Mitgliedschaft als Erfolgsstory**

*„Ein Jahr ist seit dem Beitritt Polens in die EU vergangen. Dies ist also ein guter Moment für ein kurzes Resümee. Zuerst die große Freude und dann der Schock. So entwickelten sich die ersten Monate in der Union, hauptsächlich wegen der Lebensmittelpreise, die viel stärker anstiegen als die Experten vorausgesagt hatten. Und das traf alle Haushalte hart.*

*Es scheint, dass wir die Preiserhöhungen heute vergessen haben, und dank der Union haben wir ein schnelleres Wirtschaftswachstum und einen größeren Export. Allgemein betrachtet ist die Bilanz unseres Beitritts zur EU für unsere Wirtschaft günstig.“<sup>1</sup>*

Dieser recht optimistische Radiobeitrag des Journalisten Mariusz Gierszewski, der am 1. Mai 2005 ausgestrahlt wurde, spiegelt im Großen und Ganzen die Haltung des offiziellen Polen wider. Auch die veröffentlichte und die öffentliche Meinung Polens neigen nach einem Jahr der Zugehörigkeit des Landes zur EU dazu, die positiven



Entwicklungen, die sich durch den Beitritt ergaben, hervorzuheben. Ausländische Kommentatoren der polnischen Szene kommen im Übrigen zu ganz ähnlichen Ergebnissen.<sup>2</sup>

Dabei wird auf polnischer Seite gern hervorgehoben, dass das neue EU-Mitglied Polen insbesondere die alten EU-Länder überrascht habe. So etwa in dem im April 2005 in der Wochenzeitung „Polityka“ veröffentlichten Artikel von Aleksander Kaczorowski, in dem der Autor hervorhebt, dass Europa sich seit einem Jahr mit „sichtlicher Mühe“ an die Polen gewöhnen müsse. Seit der französische Präsident Chirac vor zwei Jahren den Polen geraten habe, den Augenblick zu nutzen und den Mund zu halten, sei sogar den französischen Eliten bewusst geworden, dass die Polen nicht in der Lage seien, still zu sitzen. Der Irak-Krieg, der Streit um die europäische Verfassung, die Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb der EU, die orange Revolution in der Ukraine sowie der Tod

<sup>1</sup> Bericht von Mariusz Gierszewski in Radio ZET vom 1. Mai 2005. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 01.05.2005.

<sup>2</sup> Thomas Rautenberg (ARD-Hörfunkstudio Warschau): Polen seit einem Jahr in der EU. Profitiert haben vor allem die Gegner des Beitritts. In: <http://www.tagesschau.de/aktuell/meldungen>, 01.05.2005.

Johannes Pauls II., keines dieser wichtigen Ereignisse, die in der europäischen Presse zum Teil leidenschaftlich und kontrovers diskutiert wurden, habe ohne maßgebliche polnische Beteiligung stattgefunden. Was das deutlich veränderte Klima in der europäischen Presselandschaft angehe, so werde es am besten durch die Tatsache wiedergegeben, dass die Fotos mit polnischen Pferdefuhrwerken, die über Jahre die Schlagzeilen europäischer Zeitungen schmückten, auf einen Schlag verschwunden seien. Einflussreiche Zeitungen wie die „Financial Times“ schreiben heute hingegen darüber, dass das Opel-Werk im polnischen Gliwice besser zurechtkomme als die deutschen Zweigwerke des Opel-Konzerns, dass der Kurs des Złoty trotz Schwankungen weiter steige, dass Polen seinen Export in die EU enorm gesteigert habe und dass sich die polnischen Landwirte zu regelrechten Euroenthusiasten entwickelt hätten. Die auflagenstarke „Internationale Herald Tribune“ stellte sogar die These auf, dass das katholische Polen mit seinen überaus mobilen Arbeitskräften und Millionen Landsleuten in Übersee die Chance habe, zu einem zweiten Irland zu werden.

Auch habe Europa entdeckt, dass der „polnische Faktor“ das französische Referendum zur EU-Verfassung beeinflussen könne. Immerhin sei die Zahl der französischen Verfassungsgegner just nach jener Fernsehsendung angestiegen, in der Chirac versuchte, die Franzosen zu überzeugen, dass sich der EU-Beitritt Polens für Frankreich positiv ausgewirkt habe. Allerdings gibt Kaczorowski zu bedenken, dass das drohende „Nein“ der Franzosen sich wohl in erster Linie gegen die Politik Chiracs und seines Ministerpräsidenten Raffarin richte. Vielleicht sei es auch dem Umstand geschuldet, dass die Mehrzahl der Franzosen im europäischen Verfassungsentwurf eine stärkere soziale Komponente vermisste. Auch könne sich die Diskussion um einen möglichen Beitritt der Türkei – ähnlich wie in den Niederlanden – als Anlass erweisen, um mit „Nein“ zu stimmen. Die Analyse des Abstimmungsverhaltens der Franzosen, die einige Wochen später die EU-Verfassung mit deutlicher Mehrheit ablehnten, gab dem Autor recht. In der Tat dürfte die Konkurrenz des sprichwörtlichen polnischen Klempners, der seinem französischen Kollegen auf dem französischen Arbeitsmarkt den Arbeitsplatz streitig macht, dabei nur eine sekundäre Rolle gespielt haben.<sup>3</sup> Dass das französische „nein“ in Polen, in dem im Herbst Parlamentswahlen abgehalten werden, vor allem den nationalkonservativen und populistischen Gruppierungen hilft, ist offensichtlich. Der europäische Integrationsprozess wird angesichts der vorerst gescheiterten Verfassung und überaus schwieriger Haushaltsgespräche auch in Polen einen empfindlichen Dämpfer erhalten.<sup>4</sup>

### ***Die Stellungnahme der polnischen Regierung***

Auch das Informationszentrum der polnischen Regierung CIR (Centrum Informacyjne Rządu) weiß zu berichten, dass der Beitritt zur EU zur Festigung günstiger makroökonomischer und struktureller Tendenzen im Außenhandel, auf dem Arbeitsmarkt und be-

<sup>3</sup> Aleksander Kaczorowski; Ach, ci Polacy. In: Polityka, 30.04.2005, S. 4-11.

<sup>4</sup> Adam Krzemiński: Den Rechten gefällt's. Wie Frankreichs Nein zur EU-Verfassung die Polen trifft. In: Die Zeit, 16.06.2005.

sonders in der Landwirtschaft beigetragen habe. Dies ergibt sich aus der von der Regierung veröffentlichten „Bilanz des ersten Jahres der Mitgliedschaft in der EU“.

Die ersten Monate der Mitgliedschaft Polens hätten bewiesen, dass Polen gut vorbereitet der EU beigetreten sei. Aus der Bilanz ergibt sich außerdem, dass die von vielen Polen zum Ausdruck gebrachten Befürchtungen unbegründet waren.

Besonders die Einkommenssituation der Landwirte habe sich verbessert. Die Preise für landwirtschaftliche Güter seien angestiegen, man habe mit der Auszahlung der Direktbeihilfen begonnen und es werde auf hohem Niveau exportiert.

Schwerpunkte des Jahres 2006 seien für die polnische Europapolitik die Verhandlungen über die neue Haushaltslinie der Jahre 2007 bis 2013, die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien und der Türkei sowie das Referendum hinsichtlich der europäischen Verfassung. Man rechnet in den nächsten Jahren mit einer weiteren Liberalisierung der Wirtschaft und einem verstärkten Wettbewerb und geht davon aus, dass sich die wirtschaftliche Situation der Verbraucher nicht verschlechtern, sondern verbessern werde und dass es zu einem systematischen Rückgang der Arbeitslosigkeit kommen werde.<sup>5</sup>

Ein Jahr nach dem EU-Beitritt könne man zufrieden sein: Die Polen stellen 8,5 % der Bevölkerung in der EU. Polen ist in allen Institutionen der Gemeinschaft repräsentiert. In der Kommission ist Danuta Hübner für die Regionalpolitik zuständig, im Europäischen Parlament sind 54 Parlamentarier aus Polen vertreten.

### ***Verbesserte Lage in der polnischen Landwirtschaft***

Die Bilanz nach dem ersten Jahr in der EU sei für die polnische Landwirtschaft durchweg positiv, der Export landwirtschaftlicher Produkte habe zugenommen und die Direktbeihilfen für die Landwirte hätten zur Stabilisierung dieses Sektors beigetragen, bekräftigte der polnische Landwirtschaftsminister Jerzy Pilarczyk während einer am 8. Juni 2005 abgehaltenen Konferenz, bei der es um die Bewertung des ersten Jahres der EU-Mitgliedschaft Polens ging. Polen habe für das Jahr 2004 im Agrarbereich eine positive Handelsbilanz mit einem Exportüberschuss von 855 Mio. € erreicht, während der Negativsaldo im Jahre 2002 noch 337 Mio. € betragen habe. Im ersten Jahr der Mitgliedschaft sei der Direktexport um 44 Prozent gestiegen. Damit befinde sich Polen in der Spitzengruppe der europäischen Agrarproduzenten und nehme hinter Frankreich und Spanien den dritten Platz ein. Zu diesem Erfolg hätten in erster Linie die in den letzten Jahren getätigten Investitionen in den Betrieben der Lebensmittelverarbeitung sowie die Einführung moderner Technologien beigetragen. Pilarczyk unterstrich auch, dass unabhängig davon, welche endgültige Gestalt der EU-Haushalt für die Jahre 2007 bis 2013 annehmen werde, man sicher davon ausgehen könne, dass sich an dem System der Direktbeihilfen nichts ändern werde. Danach würden die polnischen Landwirte bis 2010 100 Prozent des Niveaus der Direktbeihilfen erhalten, über die heute die Landwirte der alten EU-15 verfügen.

Ganz anders wurde auf der gleichen Konferenz das erste Jahr der EU-Mitgliedschaft vom Vorsitzenden des Agrarausschusses im polnischen Sejm, Wojciech Mojzesowicz von „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS) bewertet. Danach hätten sich trotz Direktbeihilfen

<sup>5</sup> <http://wiadomosci.wp.pl> , 04.05.2005.

die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für die polnischen Landwirte verschlechtert. Die Landwirte hätten keinen Anspruch mehr auf billigeren Treibstoff, auch hätten sie aufgrund der Mehrwertsteuererhöhungen auf landwirtschaftliche Maschinen und Baumaterialien weitere Verluste erlitten. Mojzesowicz gab auch zu bedenken, dass die Preise für Getreide, Raps und Beeren zuletzt gefallen seien.

Nach Krzysztof Ardanowski, dem Vorsitzenden der Polnischen Landwirtschaftskammer, habe der EU-Beitritt der polnischen Landwirtschaft Vor- und Nachteile gebracht. Zum Beispiel enorme Verluste bei dem Export von Beeren. Er hob allerdings ebenfalls hervor, dass diese Probleme auch unabhängig vom EU-Beitritt Polens aufgetreten wären, und dass man nicht in der Lage gewesen wäre, die polnische Landwirtschaft aus eigener Kraft zu reformieren. Allerdings kritisierte Ardanowski, dass es in Polen gegenwärtig keine langfristige Konzeption für die Entwicklung der Landwirtschaft und des ländlichen Raums gebe.<sup>6</sup> Auch habe man in den polnischen Medien die Gesamtsumme und die Bedeutung der Direktbeihilfen für die polnischen Landwirte stark übertrieben dargestellt.<sup>7</sup>

### ***Verbesserte Situation polnischer Firmen und Unternehmen***

Im Regierungsbericht wird auch betont, dass Polen gemeinsam mit den baltischen Staaten, der Slowakei und Irland zur Gruppe der sich am dynamischsten entwickelnden europäischen Wirtschaften zähle. Ausländische Investoren hätten nach dem EU-Beitritt Polens noch größeres Vertrauen zum Standort Polen. Die polnischen Firmen seien für die Kooperation mit Firmen aus anderen EU-Staaten gut vorbereitet. Gestützt werden diese Aussagen durch Daten aus dem Bericht der polnischen Wirtschaftskammer (Krajowa Izba Gospodarcza, KIG) „Die polnischen Firmen ein Jahr nach dem EU-Beitritt“, aus dem sich ergibt, dass nur 25 Prozent der polnischen Firmen mit dem EU-Beitritt unzufrieden seien. Etwa 50 Prozent der Unternehmen gehen davon aus, dass sie sich an die Anforderungen der EU angepasst hätten. Nur zehn Prozent signalisieren, dass sie am EU-Markt desinteressiert seien.

Allerdings befürchten 41 Prozent der Betriebsleiter zukünftig Insolvenzen und einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit. Nach Angaben der Unternehmen bestehe der größte Vorteil des EU-Beitritts darin, dass man nun einen leichteren Zugang zu billigem Kapital, moderner Technologie und zu den EU-Märkten habe.<sup>8</sup>

In einem zusammenfassenden Bericht der „gazeta.pl“ vom 27. April 2005 kommt Konrad Niklewicz zum Ergebnis, dass die Befürchtungen der meisten Experten unzutreffend waren. Es kam nicht zum prognostizierten Zusammenbruch zahlreicher kleiner und mittlerer Betriebe, den etliche Wirtschaftsexperten vorausgesagt hatten. Zwar ging die Zahl registrierter Betriebe um etwa 4.600 zurück, allerdings muss dabei eine Gesamtzahl von ca. 3,5 Mio. registrierter Firmen zugrunde gelegt werden. Vom Markt seien in der Regel nur die so genannten Ein-Personen-Firmen verschwunden. Einige Bereiche, die von

<sup>6</sup> Pierwszy rok w UE korzystny dla polskiego rolnictwa. In: <http://www.odr.net.pl>, 08. 06. 2005.

<sup>7</sup> J. Plewa: Po roku w UE. Propaganda o wielkich pieniądzech płynących na polską wieś mocno kontrastowała z rzeczywistością. In: <http://www.nzg.pl/numery/2005/07/raport.htm>.

<sup>8</sup> 60% firm zadowolonych z UE. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 06. 05. 2005.

mittleren Betrieben dominiert werden, notieren dagegen ein beachtliches Wachstum: zum Beispiel die Holz-, Möbel- und Textilbranche. Dabei handele es sich um Unternehmen, die verstärkt die Unterstützungsfonds der EU in Anspruch nehmen. Auch wurden öffentliche Aufträge in ihrer Mehrheit nicht an ausländische Firmen vergeben, umgekehrt hatten polnische Firmen immense Schwierigkeiten, ihre Dienstleistungen im öffentlichen Bereich des Auslands zu platzieren. Während der polnische Export beträchtlich gewachsen sei, könne man dies vom Import nur in begrenztem Maße feststellen. Von Mai bis Dezember 2004 sei der Export im Verhältnis zum gleichen Zeitraum des Jahres 2003 um 35 Prozent gestiegen. Dagegen habe der Import nur um 24 Prozent zugenommen. Dies sei deshalb besonders auffällig, da wir es in diesem Zeitraum mit einem ständig stärker werdenden Złoty sowie kontinuierlich steigenden Ölpreisen zu tun hatten. Krzysztof Pawiński, der Vorsitzende von Maspeks, einem bekannten Produzenten von Säften und Nudeln, der auch Lebensmittelfirmen in Tschechien und Ungarn übernommen hat, geht davon aus, dass das Jahr 2004 die „wichtigsten fünf Minuten“ in der Geschichte der polnischen Lebensmittelindustrie gewesen sei. Es sei umso erfreulicher, dass es sich hierbei um eine anhaltende Entwicklung handele.

Im Bericht wird betont, dass die Handelsbilanz Polens zwar weiterhin negativ sei, dass der Negativsaldo sich aber von einem auf den anderen Monat verringere. Im Januar und Februar 2005 betrug er nur noch 0,9 Mrd. \$, also 600 Mio. \$ weniger als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Bei der Analyse der Folgen des EU-Beitritts könne man also nicht von einem „Schock durch Liberalisierung“ sprechen, sondern müsse vielmehr von einem „Unionseffekt“ ausgehen, der bewirkt habe, dass sich das Handelsdefizit Polens verringert habe. Im Regierungsbericht wird ebenfalls hervorgehoben, dass das BIP im Jahre 2004 das höchste seit 1997 gewesen sei. Das Statistische Hauptamt beziffert es auf real 5,3 Prozent. Die Europäische Union geht davon aus, dass das polnische Wirtschaftswachstum im Jahre 2005 4,4 Prozent und 2006 4,5 Prozent betragen werde.

### ***Keine massive Arbeitsmigration***

Wie von den meisten in- und ausländischen Experten prognostiziert, hat es nach dem 1. Mai 2004 auch keine dramatische Zunahme polnischer Arbeitsmigration nach Westen gegeben. Im Vergleich zum Jahre 2003 waren es insgesamt 100.000 Personen mehr, die ständig oder temporär im westlichen EU-Ausland beschäftigt waren. Allerdings sei nur schwer abzuschätzen, was geschehen wäre, wenn alle Länder des „alten“ Europa – und nicht nur Schweden, Großbritannien und Irland – ihre Arbeitsmärkte für polnische Arbeitskräfte ohne Einschränkungen geöffnet hätten.<sup>9</sup> Im Jahre 2004 waren fast 500.000 Polen im westlichen EU-Ausland beschäftigt. Freien Zugang zum Arbeitsmarkt gibt es für Polen heute in Großbritannien, Irland und Schweden. Die übrigen EU-Länder haben bekanntlich siebenjährige Übergangsfristen gemäß der Systematik 2+3+2 eingeführt. Ihre Arbeitsmärkte können demnach erst nach zwei oder nach fünf Jahren geöffnet wer-

<sup>9</sup> Zbigniew Wilkiewicz: EU-Erweiterung und Arbeitsmigration. In: Unterricht Wirtschaft, 18 (2004), S. 49-53. 65.000 Polen nach EU-Beitritt wegen Jobs ins Ausland gezogen. In: <http://de.search.news.yahoo>, 25.04.2005.

den. Am meisten Polen, nämlich 324.000, haben 2004 als Saisonarbeiter in der Landwirtschaft und in der verarbeitenden Industrie Deutschlands gearbeitet.

Etwa 73.000 Polen arbeiteten in Großbritannien, zumeist in Kleinstädten und auf dem Lande, wo sie in der Industrie, auf Baustellen, in der Gastronomie und in landwirtschaftlichen Betrieben Beschäftigung fanden. Aus der Statistik des polnischen Wirtschafts- und Arbeitsministeriums geht hervor, dass in Irland 14.500 und in Spanien und Frankreich jeweils 9.800 Polen beschäftigt waren. Der stellvertretende Direktor für europäische Wirtschaftsfragen im polnischen Ministerium für Wirtschaft und Arbeit, Janusz Grzyb, geht davon aus, dass die Mehrzahl der Polen nicht daran interessiert sei, aus Beschäftigungsgründen dauerhaft zu emigrieren. Hierfür seien Sprachbarrieren, die Familiensituation sowie die Befürchtung, den eigenen Arbeitsplatz in Polen zu verlieren, verantwortlich. Deshalb bleibe man in der Regel nur zwischen zwei und sechs Monaten im Ausland. Aller Wahrscheinlichkeit nach werden Frankreich, Spanien, Portugal, Griechenland, Luxemburg und Finnland ihre Arbeitsmärkte früher als erst in sechs Jahren öffnen. Aber auch dann sei nicht mit einer verstärkten polnischen Arbeitsmigration in diese Länder zu rechnen.<sup>10</sup>

Im Ergebnis einer zwischen dem 4. und 7. März 2005 durchgeführten repräsentativen Umfrage, an der 1025 Befragte teilnahmen, stellte sich heraus, dass die Mehrzahl der Polen nicht an einer Arbeitsaufnahme in den übrigen EU-Staaten interessiert sind. Dabei gaben 15 Prozent der Befragten an, dass es in ihrem engeren Familienkreis zumindest eine Person gebe, die im EU-Ausland arbeite. Die meisten der Ausgereisten arbeiteten in Deutschland (28 Prozent), gefolgt von Großbritannien (21 Prozent), Italien (11 Prozent), Irland und Holland (je 7 Prozent) sowie Belgien (6 Prozent). Aus den Antworten ergab sich auch, dass 67 Prozent legal beschäftigt waren, während 23 Prozent zugaben, schwarz gearbeitet zu haben. Im Jahre 2004 waren es 54 Prozent, die nicht an einer Arbeitsaufnahme im EU-Ausland interessiert waren, 2005 waren es bereits 74 Prozent.<sup>11</sup>

### ***EU-Akzeptanz trotz Massenarbeitslosigkeit und Preiserhöhungen***

Freilich ist das gravierende Problem der Massenarbeitslosigkeit bestehen geblieben. Im Jahre 2004 ist die Arbeitslosigkeit zwar im Vergleich zum Jahre 2003 minimal um 0,9 Prozent gefallen, allerdings geht man für das Jahr 2005 weiterhin von einer exorbitant hohen Arbeitslosenrate von 18 Prozent aus.

Geirrt haben sich die polnischen Wirtschaftsexperten auch hinsichtlich des nach dem EU-Beitritt prognostizierten Preisanstiegs. Im Jahre 2004 überstieg die Inflation 4,5 Prozent und ging erst in den ersten Monaten des Jahres 2005 auf 3,7 Prozent zurück. Der nach dem 1. Mai 2004 einsetzende Anstieg der Lebensmittelpreise war dabei auf die zunehmenden polnischen Exporte zurückzuführen. Die steigende Auslandsnachfrage setzte zu einem Zeitpunkt ein, als das Lebensmittelangebot auf dem polnischen Binnenmarkt relativ klein war. Hinzu kamen externe Faktoren wie die steigenden Energiepreise, die nicht unmittelbar mit dem EU-Beitritt in Verbindung standen.

<sup>10</sup> W krajach UE pracowało w 2004 r. blisko 500 tys Polaków. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 29.04.2005.

<sup>11</sup> PAP: Polacy nie chcą pracować w UE In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 20.04.2005.

Gegenwärtig könne man davon ausgehen, dass die Preise nach diesem heftigen Preisanstieg des Jahres 2004 wieder fallen werden. Allerdings sei der gesellschaftliche Schaden erheblich, da man sich vor Augen führen müsse, dass der durchschnittliche polnische Haushalt 30 Prozent seiner Ausgaben für Lebensmittel aufwende.<sup>12</sup>

Aus aktuellen Meinungsumfragen geht überdies hervor, dass die Mehrzahl der polnischen Bevölkerung den EU-Beitritt bejaht. Im Februar 2005 gaben 77 Prozent der Befragten an, dass sie den Beitritt zur Union befürworten. Dies ist ein besseres Ergebnis als das kurz vor dem Beitritt erzielte. In einer weiteren Umfrage meinen die Befragten, dass die Politiker den größten Nutzen vom EU-Beitritt hätten. An zweiter Stelle platzieren sich die Landwirte, gefolgt von denjenigen, die im westlichen Ausland Arbeit aufnehmen konnten.

Auf der Konferenz „Polen in der Europäischen Union – Erfahrungen aus dem ersten Jahr der Mitgliedschaft“ stellte der Minister für Europafragen, Jarosław Pietras, dar, dass Polen im Jahre 2004 ein Nettoempfängerland gewesen sei, da man von der EU insgesamt 1.554 Mio. € (6.093 Mio. Zł.) mehr an Mitteln erhalten habe, als man habe einzahlen müssen. Aus den Schätzungen der Experten folge überdies, dass dieser Saldo für das Jahr 2005 noch günstiger ausfallen und bei etwa 15 Mrd. Zł. liegen werde.<sup>13</sup>

### ***Positive Bewertungen polnischer Politiker***

Die Mehrzahl der polnischen Politiker bewertet das erste Unionsjahr Polens deshalb auch positiv. Der Chef des Bürgerforums (Platforma Obywatelska) Donald Tusk vertritt die Ansicht, dass all jene Kräfte, die vor einem Beitritt gewarnt hatten, eine Niederlage erlitten hätten. Dies gelte sowohl für die extreme Rechte als auch für die extreme Linke.<sup>14</sup>

Der Fraktionschef der Bürgerplattform, Jan Rokita, setzt ebenfalls einen positiv, wenn auch etwas anders gelagerten Akzent, wenn er ausführt, dass die Polen „phänomenal“ mit der Präsenz in der EU zurechtkämen. Man gehe sehr effektiv mit den Institutionen der EU um und meistere die Situation geradezu „genial“. So sei ganz Europa konsterniert gewesen, als die angeblich nicht wettbewerbsfähige polnische Landwirtschaft den EU-Markt mit polnischen Lebensmitteln überschwemmte. Auch hätten polnische Studierende überhaupt kein Problem damit, an Universitäten im EU-Ausland zu studieren. Hier habe sich eine Routine entwickelt, als ob Polen bereits seit zwanzig Jahren zur EU gehöre. Ebenfalls positiv sei zu bewerten, dass lokale Institutionen, Gemeinden und eine ganze Reihe von NGOs sehr erfolgreich mit dem Antragswesen der EU umgingen.

Ganz anders sehe es allerdings mit dem Regierungshandeln aus, denn hier herrsche das „totale Chaos“: man verfüge über keine parlamentarische Mehrheit und handele provisorisch. Die polnische Verwaltung sei nicht in der Lage, dem Tempo der polnischen Gesellschaft zu folgen. Die Ministerien für Gesundheit und Umwelt seien außerstande mit den Institutionen der EU zu kooperieren, es gebe hier gravierende Defizite. In Polen

<sup>12</sup> Konrad Niklewicz: Polska w Unii na plusie według rządowego raportu. In: <http://serwisy.gazeta.pl>, 27.04.2005. Dirk Lullies: EU-Beitritt lässt die Preise in Polen steigen. In: <http://www.rbb-online.de>, 07.02.2005.

<sup>13</sup> UE:Raport o pierwszym roku Polski w UE. In: <http://www.pmedia.pl>, 27.04.2005.

<sup>14</sup> Joanna Cieśla, Bianka Mikołajewska: Czy Donald Tusk nadaje się na prezydenta. In: Polityka, 04.06.2005, S. 24-26.

müsse hingegen – ähnlich wie in Irland – erreicht werden, dass die gesamte staatliche Struktur kompatibel mit den Prozeduren der EU agiere. Auch sei zu erwägen, ob die EU in der Tat die Erwartungen Polens erfülle. Dies ist nach Ansicht Rokitas nicht der Fall, vielmehr hätten sich in der EU Tendenzen verfestigt, die den polnischen Interessen nur sehr wenig dienen. Hier nennt der Politiker die Bestrebungen der sechs reichsten Länder der EU, die Mitgliedsbeiträge und somit auch die Transfers innerhalb der EU zu kürzen. Er kritisiert auch das Fiasko der Lissabon-Strategie sowie die Bemühungen Frankreichs und Deutschlands, die Maastricht-Kriterien aufzuweichen. Dies seien Versuche, für sich selbst bessere Bedingungen zu schaffen als für die neuen Beitrittsländer. Außerdem sei auf zwei „Theorien“ zu verweisen, die sowohl für Polen als auch für die EU schädlich seien: der Vorwurf des Steuerdumpings bestehe darin, dass Polen bestrebt sei, seine Steuern zu senken. Die These vom Sozialdumping postuliere, dass die Polen bei Dienstleistungen allzu wettbewerbsfähig seien.<sup>15</sup>

Der Chef der polnischen Sozialdemokraten Marek Borowski hebt hingegen hervor, dass zahlreiche gesellschaftliche Gruppen aufgrund der Mitgliedschaft in der EU profitiert hätten. In diesem Kontext nennt er vor allem die Landwirte und diejenigen Personen, die in Westeuropa eine Arbeit aufnehmen konnten.

Nach Ansicht von Józef Oleksy, dem Chef des Linken Wahlbündnisses (SLD), habe Polen am meisten von den Direktzahlungen an die Landwirte sowie von den Strukturrenten für ältere Landwirte profitiert.

Der Sejmarschall Włodzimierz Cimoszewicz meint wiederum, dass die Integration ihre Vor- und Nachteile gehabt habe, dass die Gesamtbilanz allerdings entschieden positiv ausfalle.

Der Ministerpräsident Marek Belka unterstreicht, dass sich die Schreckensszenarien nicht bewahrheitet hätten und dass es zu keiner Finanzkatastrophe gekommen sei. Polen zahle nicht mehr in den Haushalt der EU ein als es aus ihm herausbekomme. Auch sei das Land nicht von westlichen Lebensmitteln überschwemmt worden.

Selbst der einstige Staatspräsident Lech Wałęsa, der noch vor einem Jahr erhebliche Bedenken hatte, lässt am 1. Mai 2005 verlautbaren, dass er nur teilweise recht gehabt habe. Man müsse deshalb nicht mehr über den Austritt aus der EU nachdenken, sondern überlegen, wie man deren Strukturen verbessern könne.

Der Europaabgeordnete der an sich EU-kritischen Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (PiS), Michał Kamiński, bewertet das erste Jahr der Mitgliedschaft in der EU durchweg positiv und für Polen erfolgreich. Zwar sei die Union kein Klub der Freunde Polens, und man müsse hart für seine Interessen streiten, dies gelinge aber zusehends besser. Die große Mehrheit der Polen sei heute davon überzeugt, dass Polen in die EU gehöre.<sup>16</sup>

Ähnlich äußerte sich der Vorsitzende der gleichen Partei, Jarosław Kaczyński, bereits Ende April 2005. Der Beitritt habe Polen sehr geholfen; allerdings werde man erst 2013 – nach dem Ende der nächsten EU-Agenda – wirklich absehen können, was der EU-Beitritt dem Lande tatsächlich gebracht habe. Den größten Erfolg habe Polen im Hinblick auf seine Ukraine-Initiative erzielt, diesbezüglich könne die Ostpolitik der EU

<sup>15</sup> Rokita: Polacy radza sobie fenomenalnie. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 29.04.2005.

<sup>16</sup> Bilans pierwszego roku w UE korzystny dla Polski. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 04.05.2005.

auch zu einer Kernkompetenz des Landes werden. Allerdings spricht sich Kaczyński ganz deutlich gegen die Verabschiedung der europäischen Verfassung in ihrer jetzigen Form aus und hofft auf ein „Nein“ beim französischen Plebiszit. Die Verfassung sei neu zu diskutieren und stärker auf die Interessen der einzelnen Mitgliedsstaaten, in erster Linie Polens, abzustimmen.<sup>17</sup>

### **Prominente Stimmen**

Hingegen bezeichnete Staatspräsident Aleksander Kwaśniewski das Jahr 2004 als einen der besten Abschnitte in der polnischen Geschichte. Polen habe bewiesen, dass es in der Lage sei, die mit der Integration verbundenen Chancen zu nutzen. Die internationale Position Polens habe sich gefestigt.<sup>18</sup> Den Streit um die europäische Verfassung das „Nein“ der Franzosen und ihre Haltung kommentierte der polnische Staatspräsident einige Wochen später wie folgt:

*„Uns liegt daran, dass es so wenig wie möglich Hindernisse hinsichtlich der Öffnung der Arbeitsmärkte und der Freizügigkeit gibt, denn darin liegt unsere Entwicklungschance zur Verringerung des Abstands [zu den alten EU-Ländern]. Um den Streit zwischen einem effektiven und einem sozialen Europa zu beenden, muss sich Frankreich entscheiden. Wir können hingegen nicht akzeptieren, dass die großen sozialstaatlichen Erwartungen in Frankreich ganz Europa binden und die Aufstiegsmöglichkeiten unserer Länder verhindern. Darüber hinaus ist für uns ein solidarisches Europa sehr wichtig. Wir erwarten von Europa die Unterstützung, die unsere Länder unmittelbar nach dem Krieg nicht erhalten haben.“<sup>19</sup>*

Ähnlich staatsmännisch, und die Interessen der neuen Beitrittsländer berücksichtigend, argumentierte die polnische EU-Kommissarin Danuta Hübner, wenn sie ausführte, dass Polen nach einem Jahr EU-Mitgliedschaft an Autorität gewonnen habe. Versagt hätten allerdings die Politiker und Institutionen der EU, da sie nicht in der Lage waren, alle EU-Bürger von den Vorteilen der Osterweiterung zu überzeugen. Die Erweiterung sei keine Belastung für die EU, sondern eine wichtige Zukunftsinvestition. Was Polen angehe, so sei es in diesem ersten Jahr sowohl im Europäischen Parlament als auch in der Außenpolitik besonders hinsichtlich der Ukraine sehr aktiv gewesen. Damit habe es eine konstruktive, positive Rolle gespielt. Auch im Hinblick auf die Nutzung der europäischen Strukturfonds habe sich erwiesen, dass Polen gut vorbereitet war. Das größte Problem, das die EU aktuell zu lösen habe, sei allerdings der Prozess der Ratifizierung des europäischen Verfassungsvertrags. In diesem Zusammenhang spricht sich Hübner uneingeschränkt für eine Annahme der europäischen Verfassung aus.<sup>20</sup> Gute drei Wochen später betonte Hübner anlässlich einer Konferenz über die Perspektiven der polnischen Wirtschaft, dass eine langfristige Wettbewerbsfähigkeit polnischer Unternehmen aufgebaut und gesichert werden müsse. Um strategisch agieren zu können, müsse sei-

<sup>17</sup> J. Kaczyński: mamy nadzieję, że konstytucja UE nie przejdzie. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 27.04.2005.

<sup>18</sup> Kwaśniewski: minął jeden z najlepszych okresów w naszej historii. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 01.05.2005.

<sup>19</sup> Rozmowa Polityki z prezydentem Aleksandrem Kwaśniewskim o sytuacji w Unii po dwóch przegranych referendum. In: Polityka, 11.06.2005, S. 20-21, S. 20.

<sup>20</sup> Hübner: W ciągu tego roku Polska pokazała Europie pozytywną twarz. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 25.04.2005.

tens der polnischen Regierung bereits heute festgelegt werden, wofür die vier Prozent des Nationaleinkommens, die man nach dem Jahre 2006 von der EU erhalten werde, investiert werden sollten. Polen habe angesichts der aktuellen Herausforderungen keine Zeit mehr, den Pfaden der größten Nettonehmer wie Spanien, Portugal oder Irland zu folgen, die zunächst in die technische Infrastruktur investierten, um sich später auf Innovation, auf die Entwicklung des Humankapitals und auf modernste Technologien zu konzentrieren:

*„Ich glaube, dass wir angesichts ungewöhnlich schneller globaler Veränderungen nicht die Zeit für diese Sequenzen haben, man muss das alles gleichzeitig machen, man muss sich darauf einstellen, dass Polen in den nächsten Jahren eine Wirtschaft der permanenten ökonomischen und gesellschaftlichen Transformation sein wird.“<sup>21</sup>*

Auf der gleichen Konferenz stellte der Präsident der Polnischen Nationalbank, Leszek Balcerowicz, seinen neoliberalen Fahrplan für die polnische Wirtschaft in Kurzform vor: Polen könne ein schnelles Wachstum und eine wachsende Beschäftigungsrate nur durch die Sanierung der öffentlichen Finanzen, durch Privatisierung und Marktliberalisierung sowie durch die Stärkung der grundlegenden staatlichen Institutionen erreichen. Dabei müsse jedwede Strategie, die diese Ziele anstrebe, den Beitritt Polens zur Euro-Zone einbeziehen:

*„Es geht nicht darum, um jeden Preis beizutreten, sondern darum, die elementaren Bedingungen, also die Maastricht-Kriterien, zu erfüllen. Je schneller und umfassender wir sie erfüllen, desto besser für uns, denn gleichzeitig erreichen wir einen zusätzlichen Nutzen, der von der Polnischen Nationalbank auf 0,4 Prozent zusätzlichen Wirtschaftswachstums pro Jahr geschätzt wird.“<sup>22</sup>*

Wolle man diese positiven Rahmenbedingungen für die Wirtschaftsentwicklung festigen, so müsse man sich gleichzeitig schädlichen Tendenzen in der EU-Wirtschaftspolitik entgegenwirken. Für die Entwicklung der ärmeren EU-Länder wäre es besonders gefährlich, wenn – wie dies einige reichere EU-Länder forderten – hohe soziale Standards eingefordert würden.

Das erste Jahr der Mitgliedschaft Polens in der EU könne man mit einer 2+ bewerten, so der Stellvertretende Vorsitzende des Europäischen Parlaments Jacek Saryusz-Wolski. Der Abgeordnete der Bürgerunion und einstige polnische Minister für Europafragen (1991-1996 und 2000-2001) sprach ebenfalls von einer durchaus positiven Bilanz für Polen. Ähnlich wie andere Kommentatoren hob er hervor, dass besonders die polnische Landwirtschaft profitiert habe. Allerdings sei es noch zu früh, um sachgerecht beurteilen zu können, ob und inwieweit die europäischen Strukturfonds von polnischer Seite effektiv genutzt werden konnten. Insgesamt beurteilte Saryusz die Arbeit der polnischen Parlamentarier im EP positiv, allerdings wäre sie seiner Ansicht nach noch effektiver gewesen, wenn die polnischen Abgeordneten nicht so stark in unterschiedlichen Fraktionen zerstreut wären.

<sup>21</sup> Pierwszy rok w UE. Polska/Konferencja „Rok w Unii: ocena i perspektywa dla biznesu. In: <http://euro.pap.com.pl>, 19.05.2005. Die Bürger müssen folgen können. Die polnische EU-Kommissarin Danuta Hübner warnt vor dem Scheitern der Haushaltsgespräche und rät ihren Kollegen zu mehr Behutsamkeit. In: Die Zeit, 16.06.2005. S. 29.

<sup>22</sup> ibd.

Der polnische Erfolg bestehe aber nicht nur darin, dass man eine ganze Reihe wichtiger Posten im EP innehatte, sondern habe sich in erster Linie aus der sehr aktiven Rolle der polnischen Parlamentarier in der Ukraine-Frage ergeben.

Kritisch beurteilte der Parlamentarier allerdings den Einfluss Polens im Europäischen Rat und in der Europäischen Kommission. In der Kommission sei es im Hinblick auf die Besetzung wichtiger Posten zu einer totalen Niederlage gekommen, da die Regierung über keine entsprechende Strategie verfügte.

Auch betonte Saryusz, dass sich Polen zukünftig noch sehr viel stärker für seine Interessen einsetzen müssen, der Standpunkt der polnischen Regierung habe entschiedener und deutlicher zur Geltung zu kommen.

Insgesamt müsse Polen für vier grundsätzliche Dinge kämpfen: für eine solidarische EU, für die östliche Dimension, also eine offene Union, für die Gleichbehandlung der alten und der neuen Mitgliedstaaten sowie für eine adäquate historische Erinnerungskultur, die der EU in einigen für Polen entscheidenden Fragen ganz offensichtlich abhandeln gekommen sei. Wichtig sei schließlich auch, die euroatlantischen Beziehungen zu pflegen.<sup>23</sup>

Ähnlich EU-kritisch argumentiert der prominente liberale EU-Abgeordnete und einstige Außenminister Polens Bronisław Geremek, wenn er ausführt, dass die EU-Erweiterung psychologisch und politisch verloren worden sei. Die zeitliche Überlagerung der EU-Erweiterungsdebatte mit der EU-Verfassungsdebatte habe zu einer Krise der Union geführt. In Westeuropa gebe es die Befürchtung, dass aufgrund der EU-Erweiterung soziale Standards gefährdet seien, man werfe den neuen Mitgliedstaaten Sozial- und Steuerdumping vor.

Bei den Neumitgliedern aus Ostmitteleuropa dominiere hingegen das Gefühl, dass bei der alten EU-15 der nationale Egoismus über die Einheit der EU gestellt werde. Dies sei absolut paradox, wenn man sich die positiven Ergebnisse der Erweiterung vor Augen halte:

*„In die EU wurden zehn neue Länder aufgenommen. Dies war eine außergewöhnlich mutige und riskante Entscheidung. Das Ergebnis im Bereich der Wirtschaft ist sehr gut. Der Handel zwischen den EU-15 und den neuen zehn Ländern hat zugenommen, obwohl man glaubte, dass er gleich groß bleiben würde, weil schon zuvor viele Handelsbarrieren gefallen waren. In den neuen EU-Ländern ist das Reformtempo ungewöhnlich schnell. Wenn die Weltbank feststellt, dass die Slowakei das Land sei, das seine Wirtschaft am schnellsten und am effektivsten reformiere, so ist dies ein Zeugnis dafür, wie sehr die neuen Länder von dem EU-Beitritt profitiert haben.“<sup>24</sup>*

Die neuen EU-Länder seien keine Bedrohung für den Westen, die Losung vom Sozial- und Steuerdumping sei eine reine Erfindung, denn Polen gebe genauso einen hohen Anteil seines BIP für Sozialversicherungssysteme aus wie Deutschland. Auch fügt Geremek ähnlich wie Hübner hinzu, dass die erweiterungsbedingte Frustration der

<sup>23</sup> Saryusz-Wolski: pierwszy rok w UE na cztery-cztery z plusem. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 27.04.2005.

<sup>24</sup> Geremek: rozszerzenie UE psychologicznie i politycznie zostało przegrane. In: <http://wiadomosci.wp.pl>, 19.04.2005.

Westeuropäer eine Bedrohung für den Ratifikationsprozess der EU-Verfassung darstelle.

Insgesamt geht er aber davon aus, dass die polnischen Abgeordneten im EP eine gute Arbeit geleistet hätten, jedenfalls eine bessere, als man habe erwarten dürfen. Damit spielt Geremek sicherlich darauf an, dass sich die Polen bei den Wahlen zum EP im Juni 2004 in erster Linie für national argumentierende EU-Kritiker entschieden hatten.<sup>25</sup>

Allerdings sei deutlich geworden, dass es nicht einfach sei, den Osten mit dem Westen zu einen. Nicht nur deshalb, weil es große wirtschaftliche Unterschiede gebe, sondern auch deshalb, weil man in Ost und West sehr unterschiedliche Formen der historischen Erinnerung pflege. Der prominente Historiker verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass daran erinnert werden müsse, dass es nach dem 1. September 1939 auch einen 17. September 1939 (Einmarsch der Roten Armee in Ostpolen) sowie das Massaker in Katyn gegeben habe. Von polnischer Seite sei dabei aber auch zu berücksichtigen, dass die Haltung der westlichen Kollegen nicht auf Böswilligkeit, sondern auf Ignoranz hinsichtlich der Geschichte zurückzuführen sei.<sup>26</sup>

### **Resümee**

Wie in diesem Aufsatz gezeigt werden konnte, wird das erste Jahr der EU-Mitgliedschaft Polens von den wirtschaftlichen und politischen Eliten sowie von der überwiegenden Mehrheit der Polinnen und Polen positiv bewertet. Die massive Kritik linker und rechter Populisten ist weitgehend verstummt. Und wenn sich solche Stimmen doch erheben, dann nur, um weitere „nationale“, zumeist kaum einlösbare Forderungen zu erheben. Dabei ergibt sich der polnische Optimismus nach einem Jahr EU-Mitgliedschaft ganz offensichtlich aus den spürbaren wirtschaftlichen Erfolgen, die mit dem Beitritt in direkter Verbindung stehen.

Die Tatsache, dass in den zwei Gründerländern der EU, Frankreich und Niederlande, die europäische Verfassung im Frühsommer 2005 mit großer Mehrheit abgelehnt wurde sowie der Umstand, dass auch die Haushaltsverhandlungen für die Jahre 2007 bis 2013 auf dem Brüsseler Gipfel vom 16. bis 18. Juni 2005 gescheitert sind, lassen den desillusionierenden Schluss zu, dass das Projekt Europa neu definiert und modifiziert umgesetzt werden muss. Dabei wird es auch darum gehen, welches Kapitalismus- und Sozialstaatsmodell sich in der EU endgültig durchsetzt.<sup>27</sup> Aber auch um den aktuell neu entbrannten Streit, ob die EU in absehbarer Zeit um die südosteuropäischen Beitrittskandidaten Bulgarien und Rumänien sowie um die Türkei erweitert werden soll. Die Einbeziehung der sich demokratisierenden Ukraine, an der vor allem auch Polen gelegen wäre, scheint in weite Ferne gerückt.

In diesem Kontext wird ebenfalls sehr deutlich, dass die historische Erinnerungskultur polnischer Eliten sich doch sehr grundsätzlich von derjenigen westeuropäischer Eliten unterscheidet. Dieser Diskurs, der im Zusammenhang mit der 60jährigen Wiederkehr

<sup>25</sup> Polen schickt EU-Skeptiker nach Straßburg. In: <http://mdr.de>, 23.06.2004.

<sup>26</sup> Wie Fußnote 24.

<sup>27</sup> Adam Krzemiński, Marek Ostrowski; Eurokac. In: Polityka, S. 46-48.

des Kriegsendes und der Siegesfeier in Moskau neu angefacht wurde, wird auch in Zukunft sicherlich eine Fortsetzung finden.<sup>28</sup>

Aber auch Arbeitsmarktprobleme, die Verlagerung von Arbeitsplätzen innerhalb der EU sowie die zwischen dem „neuen“ und dem „alten“ Europa höchst umstrittene Frage, was man unter Steuer- und Sozialdumping zu verstehen habe, werden die Debatten der nächsten Jahre bestimmen.

Die Haltung der politischen Eliten hinsichtlich dieser zentralen Probleme ist recht eindeutig. Ganz offensichtlich will man hier dem für die britische Europapolitik typischen neoliberalen Pfad folgen, um sich die Chance für den wirtschaftlichen Aufholprozess im Verhältnis zur „alten“ EU offen zu lassen. Gleichzeitig besteht man allerdings auch darauf, dass es in der Agrarpolitik der EU zu keinen einschneidenden Veränderungen kommt. Denn der Strukturwandel in der polnischen Landwirtschaft setzt gerade erst jetzt ein und wird das Land noch lange begleiten.

Angesichts der sehr hohen Arbeitslosenrate, der gravierenden regionalen Asymmetrien und der Herausforderungen durch die Wissensgesellschaft stehen Polen weiterhin weitreichende und sicher auch schmerzhaft Reform- und Anpassungsprozesse bevor.

Unabhängig davon ist das Land besser in die EU gestartet als dies die meisten Skeptiker, aber auch die größten Optimisten glaubten. Angesichts der deprimierenden EU-Krise des Frühsommers 2005 wird sich aber erst mittelfristig abschätzen lassen, wie viel dieser „Blitzstart“ wert war.

---

<sup>28</sup> Zbigniew Wilkiewicz: Polen und die europäische Identität. In: aktuelle ostinformationen, 3-4 (2003), S. 1-9, S. 2.